

## Dritte Sitzung – Troisième séance

Mittwoch, 27. November 1991, Vormittag  
 Mercredi 27 novembre 1991, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung und stelle eine kurze Bemerkung zu den persönlichen Vorstössen voran. Persönliche Vorstösse sind ein Hauptarbeitsinstrument der Parlamentarier. Diese Waffe wird aber stumpf, wenn sie zu oft verwendet wird. Das Schwert wird rostig, wenn es zu lange auf oder unter der Bank im Bundeshaus liegen bleiben muss.

Wenn Sie ein Problem erledigt haben wollen, empfehle ich Ihnen, von der Möglichkeit eines Briefes oder einer Besprechung mit der Verwaltung oder mit dem zuständigen Bundesrat Gebrauch zu machen, wenn das Problem sehr wichtig ist. Wenn Sie ein Problem auf die lange Bank schieben wollen, haben Sie auch die Möglichkeit eines persönlichen Vorstosses. Die Bank wird länger, wenn mehr Vorstösse vorliegen. Gestern haben wir zweijährige Vorstösse behandelt. Das ist weder eine sehr aktuelle noch eine sehr befriedigende Art parlamentarischer Tätigkeit. Die Sitzungszeit in unserem Plenum ist limitiert. Deshalb bitte ich Sie, nur das in einen persönlichen Vorstoss zu kleiden, was auf andere Art und Weise nicht erledigt werden kann.

Noch etwas zur Form persönlicher Vorstösse: Es gibt ein Geschäftsverkehrsgesetz. Die persönlichen Vorstösse haben diesen gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Ich habe den Generalsekretär angewiesen, die Vorstösse ebenfalls auf ihre Form hin zu kontrollieren und untaugliche Vorstösse zurückzuweisen.

Ad 90.046

### Voranschlag 1991. Nachtrag II Budget 1991. Supplément II

Botschaft und Beschlussentwurf vom 30. Oktober 1991  
 Message et projet d'arrêté du 30 octobre 1991

Bezug durch die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern  
 S'obtiennent auprès de l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

**Jaeger, Berichterstatter:** Wir unterbreiten Ihnen den Nachtrag II zum Voranschlag 1991 und müssen Ihnen leider mitteilen, dass wir Sie mit einem Rekord konfrontieren. Mit diesem Nachtrag II unterbreitet Ihnen nämlich der Bundesrat Kreditnachträge im Gesamtbetrag von 1,143 Milliarden Franken. Das ist ein Rekord. Was heisst das? Das heisst, dass zu den Ausgaben, die wir vor einem Jahr für das Jahr 1991 budgetiert haben, neue Ausgaben von über einer Milliarde Franken hinzugekommen sind, Ausgaben, die vor einem Jahr nicht vorgesehen waren.

Nun wissen wir aus Erfahrung, dass Jahr für Jahr solche Nachtragskreditbegehren gestellt werden. Es gibt immer unvorhergesehene Ausgaben; es gibt immer Ausgaben, die man nicht genau voraussehen kann. Mit diesen Nachtragskrediten haben wir praktisch immer mehr oder weniger leben können. Sie haben eigentlich auch nie die Grössenordnung von 200 bis 300 Millionen Franken überschritten.

Mit Zusatzkreditbegehren von über 1 Milliarde sind wir jedoch

an einem Punkt angelangt, an dem wir uns fragen müssen, ob das Budget noch das Führungsinstrument ist, das es eigentlich sein müsste. Die Bisherigen erinnern sich noch daran, wie wir vor einem Jahr um die Staatsquote gerungen haben; wie wir um eine mögliche Reduktion des damals schon vom Bundesrat gegen 7 Prozent budgetierten Wachstums der Staatsausgaben gerungen haben; wie es uns nicht gelungen ist, die Zahl zu verbessern, und am Schluss sogar ein noch höheres Wachstum resultiert hat, nämlich gegen 10 Prozent oder sogar noch etwas mehr! Mit diesen Zusatzkreditbegehren wird die Staatsrechnung 1991 mit einem Staatsausgabenwachstum von über 16 Prozent abschliessen! Sie müssen sich nun einmal überlegen, ob das so geht! Das ist der zweite Aspekt.

Der eine Aspekt ist also das Budget als Führungsinstrument, als Instrument, um unsere Staatsausgaben unter Kontrolle zu halten, und der andere die Situation selber, diese ungeheure Ausgabenexpansion. Es entstehen Defizite, denn das Budget war bereits vor einem Jahr ganz knapp ausgeglichen. Wir werden dieses Jahr mit einem ganz grossen Fehlbetrag rechnen müssen, sozusagen als Auftakt zu dem, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. In den Budgetberatungen werden wir über diese ernste, fast katastrophale Situation diskutieren müssen. Wir werden uns einige Überlegungen dazu machen müssen, wie in Zukunft mit solchen Nachtragskreditbegehren umzugehen ist. Was nützt es uns, wenn das Parlament versucht, die Staatsausgaben im Griff zu behalten, wenn nachher über Nachtragskreditbegehren doch wieder alle Hintertüren aufgehen und nachgeholt wird, was wir noch einigermaßen hätten verhindern können?

Ich möchte Ihnen einige Kostproben geben. Wo sind diese Nachtragskredite angesiedelt?

– Wie immer steht die Landwirtschaft (mit 192 Millionen Franken) an der Spitze: Verwertung von Butter und Käse, Raps- und Sojaernte, Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte usw. Wir haben immer schon mit diesen Nachtragskreditbegehren leben müssen, aber diesmal ist es eine Frage des Masses.

– Dann die Zinszahlungen: Es ist sehr viel Unvorhergesehenes hinzugekommen. Die Zinssteigerungen haben wir nicht voraussehen können; es wurde sogar mit einer gewissen Entspannung an den Kapitalmärkten gerechnet. Sie ist nicht eingetreten. Der Schuldendienst hat ebenfalls 175 Millionen Franken zusätzlich in Anspruch genommen.

– Im Asylbereich haben 60 Prozent mehr Asylgesuche dazu geführt, dass Mehraufwendungen im Ausmass von 157 Millionen Franken nötig geworden sind.

– Zusätzliche Kredite von 119 Millionen Franken für die AHV/IV gehen auf den unerwartet starken Anstieg im Bereich der individuellen Massnahmen und auf die zunehmende Anzahl beitragsberechtigter Institutionen zurück.

– Exportrisikogarantie: zusätzlich 100 Millionen Franken.

– Gewässerschutz: auch hier Zusatzkredite von 80 Millionen Franken.

– Dann gab es unvorhergesehene Ereignisse wie den Felssturz in Randa. Das ist ein klassischer Fall eines Nachtragskreditbegehrens.

Ich habe Ihnen damit einen Ueberblick über die Situation gegeben, aber auch über die einzelnen Elemente dieser Nachtragskreditbegehren. Im übrigen beantragen wir Ihnen, beim Bundesamt für Flüchtlinge den angebotenen Kredit von 1,08 Millionen auf 740 000 Franken herabzusetzen. Das ist ein Vorschlag der Finanzdelegation, weil sie hier zur Auffassung gekommen ist, dass erhöhte Dringlichkeit für diese 340 000 Franken nicht gegeben sei. Aber das macht den Braten nicht fetter, denn die 1,1 Milliarden Franken bleiben.

Nachdem Sie mich angehört haben, erwarten Sie sicher, ich würde Ihnen Rückweisung oder Ablehnung der Nachtragskreditbegehren beantragen. Leider können wir das nicht tun; wir müssen die Faust im Sack machen; wir müssen das schlucken. Die Finanzkommission, die diese Nachtragskreditbegehren sehr kritisch unter die Lupe genommen hat, stellt Ihnen ebenfalls den einstimmigen Antrag, dem Nachtrag II zuzustimmen.

Ich bitte Sie aber, all den Problemen, die sich hier zeigen, grosse Beachtung zu schenken, denn wir kommen nicht

darum herum, in den nächsten Jahren grösste Anstrengungen zu unternehmen, um unseren Finanzhaushalt unter Kontrolle zu bringen. Dazu gehört auch, dass wir das Instrument der Nachtragskredite möglichst zurückhaltend einsetzen. Das gilt aber vor allem auch als Appell an uns selber, an unseren Rat, an unser Parlament, an unsere Gesetzgebung, denn wir sind natürlich in ganz hohem Masse für all diese Ausgaben mitverantwortlich. Ich bitte Sie, das zu bedenken, also nicht nur die Vorstossflut, die vorher genannt worden ist, zu reduzieren, sondern auch deren Folgekosten zu bedenken. Wir beantragen Ihnen Zustimmung zu diesen Nachtragskreditbegehren.

**M. Darbellay, rapporteur:** L'année dernière à cette saison, nous votions le budget 1991 qui prévoyait encore un bénéfice de 73 millions de francs, malgré une augmentation de dépenses par rapport à 1990, qui se situait entre 8 et 9 pour cent. Au mois de juin, nous vous avons présenté le supplément I qui prévoyait déjà un record de dépenses supplémentaires, puisqu'il était supérieur à un milliard de francs. Nous vous soumettons aujourd'hui le supplément II qui prévoit lui aussi une augmentation de dépenses de plus d'un milliard de francs. Par ces deux suppléments de crédits, nous vous demandons 2,229 milliards au total.

Cela veut dire qu'entre 1990 et 1991 les dépenses n'auront pas augmenté de 8 à 9 pour cent, mais de 13 à 14 pour cent, selon les économies qui auront pu être faites. Cela signifie aussi que les comptes 1991 ne se termineront pas avec un bénéfice de 73 millions, comme prévu, mais avec un déficit de l'ordre de 1,5 à 2 milliards de francs. En outre, dès que nous aborderons le budget 1992, nous ne devons plus penser aux 24 milliards de dettes que nous avons à la fin de l'année 1990, mais aux 26 milliards que nous aurons à la fin 1991. Nous devons également penser aux développements des années futures si nous voulons maîtriser les dépenses de la Confédération.

Il est vrai que l'on peut toujours affirmer que ces crédits supplémentaires sont demandés essentiellement en fonction des conséquences de l'évolution économique que nous avons connue. Etant donné que cette évolution n'était pas prévisible, ces dépenses ne pouvaient pas figurer au budget. Nous citons un certain nombre d'entre elles: la première, la plus importante, se monte à 192 millions de francs en faveur de l'agriculture, spécialement pour le placement du beurre et du fromage. Cela répond à des obligations légales et nous devons verser les montants prévus par la loi. On ne peut pas savoir exactement en début d'année à combien ils s'élèveront. En outre, vous avez connu vous-mêmes l'évolution des intérêts. Comme nous avons des dettes, nous devons bien sûr en payer les intérêts, et s'ils se sont montés à 175 millions de plus que prévu, nous ne pouvons pas, aujourd'hui, ne pas accorder ces crédits supplémentaires. Il y a eu ensuite une évolution, spécialement au début de l'année, dans le nombre de requérants d'asile qu'il faut héberger. Cela nous a coûté 157 millions supplémentaires. Heureusement que le mouvement ne s'est pas poursuivi dans la seconde partie de l'année. Nous avons également amélioré les prestations de l'AI, notamment en ce qui concerne les mesures individuelles. Il en est résulté des dépenses supplémentaires pour l'AVS/AI d'un montant de 119 millions de francs. Compte tenu de la situation nationale et internationale, il a fallu 100 millions supplémentaires d'avance pour la garantie contre les risques à l'exportation. Sur les 149 demandes de crédits supplémentaires, 75 ont déjà dû obtenir satisfaction à titre provisoire, avec l'approbation de la Délégation des finances, ce qui représente 580 millions de francs. La commission a considéré d'une manière générale que les crédits demandés se justifiaient, hormis une seule exception: sur proposition du Département fédéral de justice et police, nous avons pu réduire le crédit concernant les commissions et honoraires à l'Office des réfugiés de 1,08 million à 740 000 francs.

Pour le reste, nous vous invitons à accepter le projet tel qu'il vous a été soumis, avec les crédits supplémentaires que je viens de citer ainsi que 76 millions de crédits d'engagement.

**Präsident:** Die SVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie dem Nachtrag II zustimmen wird.

**Kühne:** Die Nachträge I und II sind im Zusammenhang zu sehen und zu werten, wenn Sie sich ein Bild machen wollen. Dieses Bild führt unzweifelhaft zum Schluss, dass die Zeit der guten Rechnungsabschlüsse vorbei ist. Das Ausgabenwachstum hält an, während die Einnahmenwunder der letzten Jahre endgültig vorbei sind und ausbleiben werden. Einerseits drückt die Konjunkturlaute auf die Einnahmen bei der Wust, andererseits müssen wir einen Rückgang der Stempelabgaben in Kauf nehmen.

Die Trendwende ist nicht überraschend. Namentlich Bundesrat Stich hat sie immer angekündigt. Aber diese Trendwende ist brutaler ausgefallen, als wohl die meisten erwartet haben. Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu ausgewählten und wichtigen Positionen:

Im Bereich Landwirtschaft sind sowohl die direkten Einkommenszahlungen wie auch die Produkteverwertungsbeiträge im Steigen begriffen. Die Situation ist so, dass Preise nur teilweise überwälzt werden können. Das hängt mit der internationalen Lage und auch mit den durchlässiger werdenden Grenzen zusammen. Weniger als die Hälfte des Geldes, das der Konsument ausgibt, kommt letztlich beim Produzenten an.

Die neue Landwirtschaftspolitik, wie sie mit dem 7. Landwirtschaftsbericht angekündigt werden wird, ist in der Realität schon eingeleitet worden. Der Bericht kommt also nach den Fakten.

Negative Folgen für den Voranschlag 1991 hat die Teuerung, indem im Nachtrag I noch 1,5 Prozent bei den Personalausgaben eingebaut werden mussten. Jetzt muss die Teuerungsbekämpfung über das Instrument der hohen Zinsen erfolgen, indem ganz wesentliche Mittel für den Zinsendienst aufgewendet werden müssen.

Ein zentrales Problem ist das Asylwesen, das sowohl politisch brisant wie auch finanziell recht aufwendig ist. Hohe Priorität messen wir der Verkürzung der Behandlungsfristen zu. Mit der Verkürzung dieser Behandlungsfristen sollen die falschen Hoffnungen abgebaut und der Zustrom soll damit gebremst werden. Hier ist aber auch für 1992 keine Entlastung in Sicht. Wir müssen 1992 volle Anstrengungen auf diesem Gebiete weiterführen.

Zu Ihrer Erinnerung: Die Nachträge enthalten auch einmalige Beträge wie die Jubiläumszulage, die Mittel für die Golfkrise und den Felssturz in Randa.

Bei den übrigen Positionen schliesse ich mich den Ausführungen der Kommissionssprecher an.

Die CVP-Fraktion beantragt Ihnen Zustimmung zum Bundesbeschluss gemäss Antrag der Finanzkommission.

**Präsident:** Zustimmung beantragen Ihnen auch die liberale Fraktion und die FDP-Fraktion.

**Frau Leemann:** Ich kann mich kurz fassen, da ja bereits zu den einzelnen Posten gesprochen worden ist. Die Notwendigkeit für die Ausgaben war zweifellos gegeben, und eine Nichtbewilligung würde auch keinen anderen Einfluss haben, als allenfalls eine Verschiebung ohne tatsächliche Einsparung zu bewirken. Lassen Sie mich aber doch noch eine Bemerkung anfügen: Zum Teil war die Entwicklung in der Budgetierungszeit sicher nicht abzusehen, betreffend Naturkatastrophen und Kriegserignissen zum Beispiel. Zum Teil allerdings ist eine gar zu optimistische Erwartung zum Tragen gekommen, und in recht vielen Fällen liegen die ursprünglich budgetierten Zahlen sogar unter denjenigen vom Vorjahr. Hier kann ich mich des Verdachtes nicht erwehren, dass – selbstverständlich im besten Glauben und in bester Absicht – letztendlich doch eine ausgesprochen unrealistische Zahl budgetiert worden ist. Ich würde mich darüber nicht weiter aufhalten, wenn wir uns heute nicht wieder in einer Kürzungsrunde für 1992 befänden. Ich sehe hier eine klare Warnung an uns: Budgetkosmetik nützt eben nichts! Die Realität wird uns einholen, wie sie es nun für 1991 getan hat. Wir können daran nichts ändern. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Nachtrag II für 1991 zuzustimmen.

**Keller Rudolf:** Es ist auch für unsere Fraktion unbestritten, dass jeder Voranschlag seine Ueberschreitungen hat. Solange sich diese in Grenzen halten, gedenken wir, dazu nichts zu bemerken. Wenn man die Nachträge zu den Voranschlägen 1989 und 1990 mit demjenigen für 1991 vergleicht, so scheint es doch so zu sein, dass die Pferde zu galoppieren beginnen und die Reiter die Zügel nicht mehr so fest in den Händen halten, wie das eigentlich sein müsste. Uns ist durchaus bewusst, dass diese Reiter nicht nur im Bundesrat, sondern auch in diesem Saal und sogar drüben im Ständerat sitzen, wie wir gestern bemerken konnten.

Ich hätte mein erstes Votum lieber zu einem erfreulicheren Thema gehalten, aber ich muss Sie fragen: Was glauben Sie: Wie lange akzeptieren unsere Bürgerinnen und Bürger noch, dass immer mehr Millionen und Abermillionen von Franken ins Asylantenwesen gesteckt werden?

Die neue sogenannte «Empfangsstelle» für Asylbewerber in Basel auf dem Bässlergut stösst in der Basler Bevölkerung auf grossmehrheitliche Ablehnung – wir sollen jetzt aber 9,1 Millionen Franken dafür beschliessen. Sage und schreibe 157 Millionen Franken ist der Mehrbedarf im Asylbereich. Das sind doch sehr happige Beträge.

Neben diesen Ausgabenposten für Asylbewerber, also grossmehrheitlich nicht etwa für echt an Leib und Leben bedrohte Menschen, sind die zusätzlichen Ausgaben für die Sozialwerke im Betrag von 119 Millionen Franken noch fast bescheiden. Es wird vom Volk negativ zur Kenntnis genommen, dass die Nachforderungen im Asylbereich grösser sind als diejenigen bei der AHV/IV; die letzteren bewilligt man ohne Murren.

Aber auch die Sache mit der Exportrisikogarantie und den Nachtragskrediten zur Entwicklungshilfe erscheint uns nicht eben in einem guten Licht. Entwicklungshilfe ist etwas Planbares, und wenn in letzter Zeit nicht mehr entsprechend gehandelt wurde, dann ist es höchste Zeit, zu einer entwicklungspolitischen Planung zurückzukehren. Offensichtlich wurde an allen Ecken und Enden Geld beschlossen und ausgegeben, ohne dass man sich allzu viele Gedanken darüber gemacht hat. Wir Schweizer Demokraten sagen auch gar nichts gegen unvorhergesehene Beträge wie zum Beispiel für Lawinerverbauungen, die Hilfe an Randa usw. Solche Ausgaben müssen in einem Nachtrag immer Platz haben. Nehmen Sie, Herr Bundesrat, unseren Protest gegen die zu saloppe Budgetierung entgegen. Unsere Fraktion erwartet, dass uns künftig nicht mehr so hohe Nachträge zum Budget vorgelegt werden. Im Wissen darum, dass das Geld ja faktisch bereits ausgegeben ist, protestieren wir gegen diese Art unseriöser Finanzpolitik, indem sich unsere Fraktion der Stimme enthält, ablehnen nützt ja ohnehin nichts mehr, denn das Geld ist ja ohnehin ausgegeben. Sollten sich aber die unerträglich hohen Nachträge in Zukunft häufen, werden wir systematisch Opposition dagegen machen. Denn es darf nicht eines Tages geschehen, dass solche Riesenfinanzlöcher zum Anlass genommen werden, die Steuern zu erhöhen.

**Weder Hansjürg:** Unsere Fraktion lehnt im Gegensatz zu den Schweizer Demokraten das Budget einhellig ab. Wir enthalten uns nicht der Stimme.

Wir sind aus grundsätzlichen Erwägungen zu diesem Schluss gekommen, das möchte ich Ihnen kurz erklären: Wenn wir jetzt diesen Nachtrag nicht ablehnen, desavouieren wir im Grunde genommen unsere Finanzkommission. Sie hat letztes Jahr unter dem Jubel der Fraktionssprecher auch und mit Jubel und Schalmeigrüssen von der Presse das Budget um rund 500 Millionen Franken gekürzt. Wenn wir jetzt via eine Hintertüre zulassen, dass das Geld doch noch ausgegeben wird, so erweisen wir dieser Finanzkommission einen grossen Bärendienst. Sie wird sich bei nächster Gelegenheit natürlich fragen: Was sollen wir den Leuten hier im Rat noch solche Kürzungen beantragen, wenn sie uns im nachhinein doch wieder korrigieren und die Türe zur Schuldenwirtschaft aufmachen? In der Bundesverfassung steht in Artikel 31, dass der Bundesrat den Räten ein ausgeglichenes Budget zu unterbreiten hat. Damit ist gemeint, dass am Ende des Jahres auch eine ausgeglichene Rechnung vorliegen muss. Dies gelang, Herr Bundesrat Stich, in den letzten Jahren in hervorragender Weise.

Ich bin von der LdU/EVP-Fraktion, für die ich hier spreche, ermächtigt, Ihnen dazu zu gratulieren. Sie haben, wenn ich mich nicht täusche, in den letzten sieben Jahren einen Schuldenabbau von rund 5 Milliarden Franken betrieben. Das ist eine einmalige Leistung, Herr Bundesrat, wir anerkennen dies mit grosser Hochachtung.

Jetzt ist Ihnen die Nationalbank in die Quere gekommen. Sie hat den Geldmengenhahn aufgedreht, hat zu einer Inflation geblasen, wie wir sie seit zwanzig Jahren nicht mehr kannten, und in der Folge haben wir für dieses Jahr eine Inflationsrate von über 6 Prozent. Darauf folgte der Hypothekenzinsschub um 2,5 Prozent. Die Schweiz ist mit 420 Milliarden Franken hypothekarisch verschuldet, und der Hypothekenzins wurde um 2,5 Prozent erhöht, d. h., es findet jährlich eine Umverteilung von 10 Milliarden Franken statt. Das hat dann zu diesem Konjunkturreinbruch, zu Konkursen, zu Zusammenbrüchen geführt. Am Schluss in dieser Finanzpolitik stehen die Dummen und die Kleinen, die Arbeiter und die Mieter – den Letzten beiszen die Hunde.

Unsere Fraktion ist sich im klaren, dass sie bis zu einem gewissen Grad auch mitschuldig ist. Wir haben jedenfalls zu oft Kreditbegehren zu wenig kritisch hinterfragt, aber das wird sich ändern, denn in einer solchen Situation ist seitens der Opposition höchste Vorsicht angebracht. Immerhin möchte ich zur Ehrenrettung unserer Fraktion sagen, dass unser ehemaliger Kollege, Walter Biel, der für uns in finanzpolitischen Fragen oftmals das Wort ergriff, in bezug auf sein Spezialgebiet Landwirtschaft und Weinbauwirtschaft grosse Einsparungen vorgeschlagen hat. Er hat Anträge gestellt, aber sie wurden allesamt abgelehnt. Bei der Landwirtschaftspolitik ist es eben so, da kann man noch so viele Anträge stellen – das Gegenteil wird dann gemacht!

Zum Problem der Schulden. Mit diesem neuen 2-Milliarden-Defizit kommen wir wieder in die Region von 20 Milliarden Franken Schulden. Das heisst konkret, dass auch die Schuldzinslast wieder auf rund 1 Milliarde Franken im Jahr klettert. Ich habe Ihnen eingangs erklärt, dass die Nationalbank eine sehr grosse Mitschuld trägt. Man muss sich fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, die Nationalbank auch entsprechend zur Kasse zu beten.

Schuldenmachen ist ja wie ein süßes Gift. Es verführt den Süchtigen zu immer weiteren Schulden, d. h., es fordert wie jedes Suchtmittel seinen Tribut. Dieser Tribut ist die zusätzliche Zinslast, der Zintribut, den wir zu entrichten haben. Ein Beispiel: Wir haben jetzt eine Zinsrate in der Höhe von 7 bis 7,5 Prozent erreicht. Wenn man nun zu den Schulden den Zins und Zinseszins zählt, sind die Schulden innert zehn Jahren getilgt bei einem Zinssatz von 7 Prozent, aber sie stehen noch immer fest wie ein Fels. Martin Luther – ich sage das meinen lieben Freunden von der EVP und von der CVP – hat einmal gesagt: «Der Zins ist ein in Wolle gefärbter Wolf. Man sieht ihn nicht, und doch treibt er sich um.» Herr Pfarrer Sieber, Sie werden das sicher aufmerksam aufnehmen.

Zum seinerzeitigen grossartigen Vorschlag von Herrn Kollege Hafner würde ich noch gerne etwas sagen. Er sagte seinerzeit, dass wir 40 Milliarden Gold in den Löchern verschiedener Länder haben: Ein Loch ist hier unter dem Bundesplatz, aber da liegt ja nur ein kleiner Teil: Gold im Wert von 40 Milliarden Franken, völlig überhöhte Goldreserven. Die werden nicht verzinst, mit anderen Worten: Bei 7 Prozent Zins verzichten wir im Grunde genommen auf 3 Milliarden Franken Zins jährlich, aber wir lassen dieses Gold «schlafen». Ein grösserer Teil ist in zwei anderen Ländern, aber wo, das dürfen wir ja nicht wissen, hat man uns anlässlich unseres Besuches in dieser hehren Anstalt Nationalbank gesagt.

Nun habe ich noch folgendes an die Adresse der Marktwirtschaftler zu sagen: Das Schuldenmachen beraubt uns eines wesentlichen marktwirtschaftlichen Instruments: der Expansion der Verwaltung Einheit zu gebieten und deren Effizienz zu erhöhen. Das muss ich schnell erklären: Wenn wir nicht erlauben würden, dass Schulden gemacht würden, so entstünde unter den einzelnen Departementen eine Konkurrenzsituation. In der Folge müssten sich die Departemente jährlich um ihre Anteile am Finanzkuchen streiten, und dies wiederum würde zur gegenseitigen Kontrolle und Ueberwachung führen

und damit zu erhöhter Effizienz. Sie nicken, Herr Bundesrat Stich, ich bin froh, Sie erkennen das offenbar an. Man hat Ihnen das, in diesem Rat jedenfalls, noch nicht gesagt.

Selbstverständlich haben auch wir Verständnis, was Unfälle oder Katastrophen wie den Felssturz in Randa oder die Mission der Vereinten Nationen für die Organisation eines Referendums in der Westsahara betrifft. Wofür wir aber kein Verständnis aufbringen, sind Forderungen wie z. B. die im Interesse der Landwirtschaft. Dort stehen wieder 192 Millionen Franken zu Buche, die eindeutig auf einer verfehlten Landwirtschaftspolitik fussen. Ich lese in diesem Zusammenhang: Butterverwertung 87 Millionen Franken, Ausführbeiträge 25 Millionen, Käseverwertung 24 Millionen, Verwertung der Raps- und Sojaernte 11 Millionen, Bundeshilfe und Einlagerungskosten 16 Millionen usw. In der Landwirtschaftspolitik ist alles möglich, auch das Gegenteil.

Noch ein Wort zu den Schweizer Demokraten. Sie haben sich da gegen die Asylsuchenden ausgesprochen. Tatsächlich ist es so, dass wir nicht alle aufnehmen können. Aber was wir machen können, das ist, sie nicht zu verhetzen. Und was wir weiter machen könnten, das wäre, ihnen in den Entwicklungsländern oder dort, wo sie sonst noch herkommen, zu helfen. Das sollten wir tun. Aber wir wenden uns gegen jede Form eines auch bei uns wieder aufkeimenden Rassismus.

Die LdU/EVP-Fraktion will sich nicht ins Lotterbett der Schuldenwirtschaft legen. Aus diesem Grunde lehnen wir den Nachtrag zum Budget ab.

**Scherrer Jürg:** Ja, der Klüngel der Regierungsparteien hat sich wieder einmal gefunden. Wie immer, wenn es Defizite gibt, stimmt man mit schweren Bedenken zu, warnt vor der Zukunft und malt den Teufel an die Wand, statt endlich einmal Nägel einzuschlagen, zu handeln und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ziehen Sie die Schrauben an, und zwar bis an die Streckgrenze! Das werden wir in den nächsten Jahren tun müssen; das garantiere ich Ihnen!

Die Fraktion der Auto-Partei lehnt den Nachtrag II zum Voranschlag 1991 einstimmig ab.

Gegen höhere Gewalt wie den Felssturz von Randa oder steigende Zinsen ist man natürlich nicht gefeit. Das ist verständlich. Aber das sind Peanuts im Vergleich zum Gesamtbetrag von fast 1200 Millionen Franken.

Wir befinden uns heute in der Situation, dass die Schweizer Wirtschaft stagniert. Das Bruttosozialprodukt ist rückläufig; gleichzeitig haben wir eine Teuerung von weit über 5 Prozent. Diese sogenannte Stagflation ist das Schlimmste, was einer Volkswirtschaft passieren kann. Und da kommt der Bundesrat und beantragt mir nichts, dir nichts Nachtragskredite und neue Verpflichtungen in einer Höhe von 1200 Millionen Franken.

So geht es nun wirklich nicht. Wieso führen wir in diesem Rat überhaupt Budgetdebatten, verlieren zwei oder drei Tage mit sinnlosem Geplapper – das ist es nämlich –, wenn hinterher Bundesrat und Verwaltung kommen und sagen, sie würden jetzt wieder eine Milliarde mehr brauchen? Dann können wir doch die Budgetdebatten abkürzen. Wir sprechen fünf Minuten und sagen: plus, minus, nasser Finger in die Luft. Das nächste Jahr bewilligen wir dann die zusätzlichen 2 Milliarden, die heute fehlen.

Es ist eine krasse Missachtung des Willens dieses Parlaments, wenn uns heute eine solche Vorlage präsentiert wird.

Die Auto-Partei ist nach wie vor nicht bereit, dieser Misswirtschaft zuzustimmen. Mir fällt etwas auf: Nachtragskredite und überhaupt das ganze Budgetdefizit des Bundes sind immer ungefähr gleich gross wie die Defizite im öffentlichen Verkehr. Da kann man ja Parallelen ziehen.

Jetzt ist Sparen angesagt. Wenn ich im November zu viele Feste besuche und zuviel Geld ausbebe, muss ich halt im Dezember oder spätestens im Januar sparen. Ich kann dann auch nicht einfach irgendwoher Geld hereinholen. Aber beim Bund geht das offensichtlich.

Es gibt ganz konkrete Punkte, wo man sparen könnte. Ich werde Ihnen nicht den ganzen Katalog der Nachtragskredite vorlesen. Aber es gibt konkrete Beispiele: In der Landwirtschaftspolitik werden mit Milliardensubventionen Ueber-

schüsse produziert, und mit Milliarden müssen die Ueber-

schüsse dann wieder verwertet werden. Eine solche Landwirtschaftspolitik kann doch nicht mehr gestützt werden. Dann haben wir die Asylpolitik, wo der Bundesrat den klaren Volkswillen nicht erfüllt, nicht danach handelt. Die steigende Anzahl von Asylbewerbern kostet uns Unsummen. Wir haben aber auch ein konkretes Beispiel, wie dabei dieses Parlament Mehrkosten selber verursacht. Angeblich brauchen wir mehr Geld, um die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt im Asylbereich zu finanzieren. Wer ist denn für diese angespannte Situation auf den Wohnungsmarkt verantwortlich? Wir hier in diesem Saal! Wir haben gestern wieder die Aufhebung der dringlichen Sofortmassnahmen im Bodenrecht abgelehnt. Wir haben ein Mietrecht geschaffen, welches dazu geführt hat, dass sich private Investoren aus dem Wohnungsbau zurückziehen. Wir haben angeblich Wohnungsnot, obwohl ich diesen Ausdruck für übertrieben halte. Wir quartieren Asylbewerber in Hotels ein. Diese Hotelbesitzer sanieren sich auf Kosten der Steuerzahler, und wir bezahlen das noch mit Nachtragskrediten.

Der Tag kommt – und er kommt sehr bald –, wo Sie dem Volk erklären müssen, wie Sie den Bankrott des Bundes abwenden wollen. Ich weiss, wie Sie das erklären wollen: mit noch mehr Steuern, mit noch mehr Abgaben auf Kosten der Konsumenten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und vor allem auf Kosten des Privatverkehrs. So läuft es doch! Kaschieren tun Sie das zwar mit der Umwelt, aber jeder einzelne Franken, den Sie dem Schweizer aus der Tasche ziehen, nützt der Umwelt gar nichts, er zementiert höchstens die Misswirtschaft unseres Bundesrates.

Eines ist völlig klar: Die Auto-Partei wird sich nach wie vor gegen neue Steuern wehren, auch wenn sie unter dem Deckmantel des Umweltschutzes kaschiert werden. Die Gier des Bundes nach mehr Einnahmen muss endlich gestoppt werden. Und wir in diesem Parlament müssen unternehmerisch handeln: Wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben. Wenn wir mit dieser Misswirtschaft weitermachen, wird das bittere Ende kommen.

Es gibt aber noch einen anderen Punkt, weshalb ein Budget überschritten wird: Es gibt Bundesstellen, die einen bewilligten Betrag unbedingt ausschöpfen müssen, damit ihnen nächstes Jahr das Budget nicht gekürzt wird. So sind die Defizite und die Nachtragskredite geradezu vorprogrammiert. Mir ist ein Fall bekannt, da ein Bundesamt 100 000 Filzstifte angeschafft hat, bloss um das Geld zu brauchen, das ihm bewilligt wurde. Die 100 000 Filzstifte wurden dann zwei oder drei Jahre später weggeschmissen, weil sie ausgetrocknet waren. Das ist doch eine sinnlose Misswirtschaft!

Ich bitte Sie, auch wenn Sie der bürgerlichen Mehrheit angehören und diesen Nachtragskredit bewilligen wollen, sich das noch einmal zu überlegen und unserer Fraktion zuzustimmen. Lehnen Sie diesen Nachtrag ab!

**Hafner Rudolf:** Wenn seitens des Kommissionspräsidenten von einem «Spitzenresultat» die Rede war, so stellt man sich doch normalerweise etwas Gutes darunter vor. Aber ich glaube, man kann nicht von einem Spitzen-guten-, sondern muss eher von einem Spitzen-schlechten-Resultat sprechen.

Diese Nachtragskredite in der Höhe von 1,1 Milliarden müssen uns tatsächlich zu denken geben. Allerdings vermisste ich in den Voten meiner Vorredner die Suche nach der Verantwortlichkeit. Es ist nicht so, dass nur der Bundesrat die Verantwortung für diese Spitzen-schlechten-Resultate tragen müsste, sondern, was nicht gesagt wurde, weitaus der grösste Teil dieser Nachtragskredite läuft unter dem Titel «Gewöhnlicher Vorschuss». Wenn Sie z. B. beim Amt für Bundesbauten nachschlagen, dann laufen dort Posten wie «Verbrauchsmaterialien» oder «Liegenschaftserwerb», «Projektierung» usw. unter dem Titel «Gewöhnlicher Vorschuss».

Es soll mir niemand sagen, dass das unvorhergesehene Auslagen wären, sondern man muss eher sagen: Die Finanzdelegation, die diese gewöhnlichen Vorschüsse bewilligt hat, hat ganz klar zu wenig ihre Verantwortung wahrgenommen und ist ihrer Arbeitspflicht nicht genügend nachgekommen. Und solange die Finanzdelegation in einem derartigen Ausmass

gewöhnliche Vorschüsse bewilligt, liegt die Verantwortung für dieses finanzielle Missverhalten bei den drei Bundesratsparteien.

Sie wissen, es ist dieser ohnmächtige Zustand, dass diese Superdelegation, die eine Art Schatten-Bundesrat darstellt, nur gerade aus den Vertretern dreier Bundesratsparteien zusammengesetzt ist! Wir haben schon früher erklärt, dass das eigentlich ein unhaltbarer Zustand ist. Wenn man schon ein solches Organ des Parlamentes macht, dann müsste das einigermaßen repräsentativ zusammengestellt werden, und es müssten möglichst alle Fraktionen vertreten sein. Aber solange das nicht der Fall ist, trägt diese Finanzdelegation eben die volle Verantwortung; wenn derartig schlechte Vorlagen präsentiert werden. Sie sehen, das geht beim Amt für Bundesbauten sogar so weit, dass sämtliche Nachtragskredite unter dem Titel «Gewöhnlicher Vorschuss» laufen. Wir haben das in der Finanzkommission auch schon gesagt: In Zukunft muss man diesen Umstand wirklich ernsthaft hinterfragen.

Etwas Neues ist der Sachverhalt, dass diese Debatte über die Nachtragskredite seitens der Vertreter der SD-Fraktion, der Auto-Partei – das versteht sich zwar von selbst – und sogar der CVP-Fraktion dazu verwendet wird, sich über das Asylwesen auszulassen. Ich glaube, es ist der falsche Zeitpunkt, um eine Asyldebatte zu führen. Es ist ja klar, dass die Schweiz über die Genfer Konvention auch internationale Verpflichtungen hat. Solange die Asylsuchenden in der Schweiz sind, muss man sie auch anständig unterbringen und verpflegen. Es ist eine bedauernswerte Haltung, dass man, wenn Nachtragskredite für 1,1 Milliarden Franken beantragt werden, das ausgerechnet auf dem Buckel der Asylsuchenden austragen will. Ich habe Ihnen gesagt, der Automatismus dieser Nachtragskredite ist so, dass das meiste Geld bereits ausgegeben ist. Es wäre also ein Kampf gegen die Windmühlen, wenn man den Nachtrag II zurückweisen möchte.

Die grüne Fraktion stimmt den Nachtragskrediten zu, allerdings ohne grosse Begeisterung.

**Jaeger, Berichterstatter:** Es sind jetzt zu diesen Nachtragskreditbegehren einige Worte gefallen, denen einiges entgegengesetzt werden müsste. Es gilt, hier den Versuch zu wagen, auch mit Blick auf die schwierigen Verhandlungen beim Budget die Diskussion zu versachlichen. Ich bin der Überzeugung, dass es wahrscheinlich nicht zum Ziele führt – zu dem Ziele, das wir suchen und das wir finden müssen –, wenn wir uns hier sozusagen in einer allgemeinen Auslegeordnung, in Vorwürfen und in Schuldzuschreibungen auf alle Seiten ereifern. Damit dienen wir der Sache nicht.

Wenn beispielsweise der Finanzdelegation die Verantwortung zugeschoben wird, muss ich als langjähriges Mitglied und derzeitiger Präsident der Finanzkommission sagen, dass die Finanzdelegation ihre Arbeit mit grosser Akribie, Sorgfalt und Integrität erfüllt hat. Wenn dem Bundesrat Misswirtschaft vorgeworfen wird, dann ist – ich bin selber nicht Mitglied einer Regierungspartei, und ich bin selber auch Vertreter der Opposition – dieser Vorwurf meiner Auffassung nach doch überrissen. Denn ich möchte denjenigen, die den Bundesrat jetzt angreifen, sagen, dass mindestens unser Finanzminister immer auf diese schwierige Situation, wie wir sie heute erleben, hingewiesen hat.

Wir wissen, dass die Departemente das etwas anders sehen, und wir kämpfen dagegen. Es ist richtig, wenn sich auch die Kommissionen und die Fraktionen dieser Situation bewusst werden, dass wir nicht alles, was wünschbar ist, erfüllen können, sondern dass wir auch finanzpolitische Pflichten haben. Bundesrat Stich hat es immerhin – zusammen auch mit der Finanzkommission und mit den Räten – fertiggebracht, über 5 Milliarden Franken Schulden zu tilgen. Das ist nicht nichts in einer Phase, wo andere Länder ihre Budgetdefizite von Jahr zu Jahr weiteraufgestockt haben. Das muss hier gesagt sein.

Ich muss diejenigen, die hier sehr kritisch gewesen sind, daran erinnern, dass die Verantwortung für die heutige Situation verteilt werden muss, dass sie von allen mitgetragen werden muss. Wir sind alle mitverantwortlich für das, was wir heute vor uns haben. In diesem Rat werden Interessenpositionen vertreten, auch im Bundesrat: Jeder versucht, seine Inter-

essen zu maximieren, jeder versucht, für seine Interessen am meisten Geld herauszuholen. Da liegt doch die Crux! Wir haben doch vielen Gesetzen zugestimmt, die auch Folgekosten hatten. Wir haben uns gegenseitig Unterstützung zugesagt: Wenn du mir hilfst, helfe ich dir auch! So ist es doch gegangen, so sind uns die Ausgaben aus dem Ruder geraten. Die Finanzpolitik war in den letzten zwei Jahren falsch.

Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir hier nicht weiter Fehler machen. Aber es nützt nichts, wenn wir jetzt Misstrauen säen, es nützt nichts, wenn wir nur mit Vorwürfen um uns werfen. Wir müssen uns jetzt fragen: Wo liegen die Ursachen, wo liegt die Verantwortung? Diese Verantwortung liegt bei uns allen! Wir müssen jetzt gemeinsam, ohne gegenseitige Vorwurfskampagnen, aus dieser schwierigen Situation herausfinden, der Bundesrat, die Fraktionen und die Kommissionen.

Ich möchte Sie bitten, wenn wir nächste Woche das Budget beraten, zusammenzuhalten, damit wir uns gemeinsam aus dieser katastrophalen Situation herausbringen können. Das ist jetzt das Gebot der Stunde. Ich bitte Sie dabei um Unterstützung. Vorwürfe im nachhinein helfen wenig, sondern wir müssen versuchen, die Ausgabenentwicklung unter Kontrolle zu bringen. Dabei müssen Sie die Kommission und unseren Finanzminister unterstützen.

**Bundesrat Stich:** Es ist eigentlich selbstverständlich, dass Nachtragskreditbegehren in der Höhe von 1,1 Milliarden Franken nicht auf eitel Freude stossen, besonders, da es in diesem Jahr nicht der erste Nachtragskredit in dieser Höhe ist: Bereits der erste Nachtragskredit hatte einen solchen Umfang. Wir haben also insgesamt etwa 2,2 Milliarden Franken Nachtragskredite in diesem Jahr, rund 6,6 Prozent der Ausgaben. Das ist in der Tat sehr viel, das ist ungewöhnlich.

Man kann sich fragen, wieso es dazu kommen konnte. Auf der einen Seite erinnere ich Sie an die Budgetdebatte vor einem Jahr. Der Bundesrat hat dort ein Budget mit etwa 500 Millionen Franken Einnahmenüberschuss vorgelegt. Als das Parlament das Budget bereinigt hatte, waren es noch 73 Millionen Franken. Man hat überall aufgestockt. Es ist kein gutes Zeichen, wenn das Parlament anfängt, mehr auszugeben als die Regierung – vielleicht macht das Beispiel Schule.

Es ist vom verehrten Herrn Kommissionspräsidenten gesagt worden, man könne bei Nachtragskrediten höchstens die Faust im Sack machen. Das ist sachlich nicht ganz richtig. Natürlich gibt es Dinge, die man mit dem Nachtragskredit nicht mehr ändern kann, und zwar überall dort, wo wir verpflichtet sind, oder dort, wo die Finanzdelegation dringlichen Vorstössen zugestimmt hat. Wenn wir wirklich dringend etwas tun müssen, was nicht im Budget steht, kann der Bundesrat das beschliessen, muss aber die Zustimmung der Finanzdelegation einholen. Bei allen anderen Geschäften ist das nicht der Fall, da entscheidet letztlich das Parlament.

Wenn wir beispielsweise in der Landwirtschaft Ueberschussverwertung betreiben müssen, haben wir aufgrund der Gesetzgebung die entsprechenden Kosten, und sie müssen dann abgedeckt werden, das ist selbstverständlich. Aber hier ändert man nichts via Budget und via Nachtrag, sondern man kann es allenfalls ändern, indem man die Politik ändert. Das ist in verschiedenen anderen Bereichen genauso. Man kann sich nicht am Schluss beklagen, wenn es teuer wird. In solchen Fällen muss man die Politik ändern.

Wenn Sie heute gegen den Bundesrat und speziell gegen mich protestieren, dann dürfen Sie das tun. Ich werde trotzdem nicht jedesmal protestieren, wenn Sie über den Antrag des Bundesrates und Mehrausgaben beschliessen. Wenn Sie protestieren wollen, schauen Sie sich bitte einmal die Rechnung des Parlamentes an, auch dort gibt es Nachträge.

Die letzte Budgetdebatte vor einem Jahr war verhängnisvoll, weil sie falsche Signale gesetzt hat. Sie hat das Signal gesetzt: Man kann alles, man muss nur die richtige Lobby haben, dann geht alles durch. Das hat auch die Verwaltung gemerkt. Wenn Sie die Begehren im Nachtrag II aufmerksam studiert haben, haben Sie auch gesehen, dass es Kommissionen gibt, denen im Budget dieses Jahres 10 Prozent mehr zugebilligt wurden, als in der Rechnung des letzten Jahres ausgewiesen waren. Aber das genügte nicht, sie mussten nochmals 10 Prozent

Nachtragskredite beantragen; sie haben also insgesamt 20 Prozent mehr ausgegeben. Hier müsste man eben auch im Kleinen etwas sorgfältiger umgehen und solche Kredite in Zukunft nicht mehr genehmigen, das wäre vielleicht heilsam. In Kürze wird die Budgetdebatte stattfinden, dort geht es dann darum, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Es wird sich dann zeigen, wieweit Sie zu sparen bereit sind. Es wird sich auch im nächsten Jahr zeigen, wenn das Sanierungsprogramm zur Debatte steht. Das geschieht nicht beim Budget und nicht bei den Nachtragskrediten, sondern das geschieht im Verlaufe des Jahres.

Herrn Jürg Scherrer muss ich allerdings doch noch etwas entgegenen: Er hat gesagt, wir wollten dauernd mehr Steuern und Abgaben erheben. Ich habe es gestern im Ständerat bereits erwähnt: Das Benzin ist seit dem 27. November 1936 mit einem Grundzoll von 26.50 Franken pro 100 Kilogramm belastet. Seit 1936 ist diese Zahl nicht angetastet worden. All diejenigen, die Benzin konsumieren, haben nicht dauernd mehr bezahlt, Herr Scherrer, sondern sie haben seit 1936 dauernd Steuererleichterungen entgegengenommen und nie protestiert. Bei Beginn des Autobahnbaus hat das Parlament zwei Dinge getan: Es hat über die Hälfte des Grundzolls dem allgemeinen Haushalt entzogen, damals 60 Prozent, und ihn für Nationalstrassen eingesetzt. Später hat es dann den Treibstoffzollzuschlag beschlossen, letztmals 1974 auf 30 Rappen erhöht. Wenn Sie an die 30 Rappen von 1974 denken, müssen Sie sich auch vorrechnen lassen, dass heute 53 Rappen den gleichen Wert hätten. Das heisst also, die Automobilisten haben in der letzten Zeit Steuererleichterungen gehabt, mindestens seit 1974, und nicht -erhöhungen. Deshalb kann ich nicht begreifen, dass man ein solches Theater macht. Ich bitte Sie, dem Nachtrag II zuzustimmen.

*Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

#### **Justiz- und Polizeidepartement**

*Antrag der Kommission*

415 Bundesamt für Flüchtlinge

3180.001 Kommissionen und Honorare Fr. 740 000

#### **Département de justice et police**

*Proposition de la commission*

415 Office fédéral des réfugiés

3180.001 Commissions et honoraires fr. 740 000

*Angenommen – Adopté*

#### **Bundesbeschluss über den Nachtrag II**

**zum Voranschlag 1991**

**Arrêté fédéral concernant le supplément II du budget 1991**

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### **Art. 1**

*Antrag der Kommission*

....  
– 1049 652 195 Franken als Nachtragskredite.

*Proposition de la commission*

....  
– 1049 652 195 francs de crédits supplémentaires.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 2, 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

110 Stimmen

Dagegen

11 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

91.052

### **Alkoholverwaltung. Geschäftsbericht und Rechnung 1990/1991 Régie des alcools. Gestion et compte 1990/1991**

Bericht und Beschlussentwurf vom 11. September 1991

Rapport et projet d'arrêté du 11 septembre 1991

Bezug bei der Eidgenössischen Alkoholverwaltung,

Länggassstrasse 31, 3012 Bern

S'obtiennent auprès de la Régie fédérale des alcools,

Länggassstrasse 31, 3012 Berne

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Die Herren **Jaeger** und **Tschuppert** Karl unterbreiten im Namen der Kommissionen den folgenden schriftlichen Bericht:

Der Bundesrat unterbreitete den eidgenössischen Räten mit Botschaft vom 11. September 1991 den Geschäftsbericht und die Rechnung der Alkoholverwaltung für das Geschäftsjahr 1990/91 vom 1. Juli 1990 bis 30. Juni 1991.

Der Reinertrag der Alkoholverwaltung beträgt im Geschäftsjahr 1990/1991 210,7 Millionen Franken. Er liegt damit 18 Millionen Franken höher als im Vorjahr, doch um 5,4 Millionen Franken unter dem Voranschlag vom 8. Juni 1990. Der Ertrag beläuft sich auf 404 Millionen Franken gegenüber 385,4 Millionen im Vorjahr und 397,5 Millionen im Budget. Mit einer Zunahme von 10 Prozent sind die Einnahmen aus den Monopolgebühren überdurchschnittlich angestiegen. Der Aufwand ist mit 193,3 Millionen Franken um 11,9 Millionen Franken höher als budgetiert. Höhere Ausgaben verursachte insbesondere die Verwertung der Kartoffelprodukte, wogegen die Obstverwertung weniger kostete.

Vom Reinertrag von 210,7 Millionen Franken erhält nach Bundesverfassung und Alkoholgesetz der Bund 189,6 Millionen zugunsten von AHV und IV. 21,1 Millionen gehen an die Kantone zur Bekämpfung des Alkoholismus, des Suchtmittel-, Betäubungsmittel- und Medikamentenmissbrauchs in ihren Ursachen und Wirkungen.

MM. **Jaeger** et **Tschuppert** Karl présentent au nom des commissions le rapport écrit suivant:

Le Conseil fédéral a soumis aux Chambres le message du 11 septembre 1991 concernant le rapport de gestion et le compte de la Régie des alcools pour l'exercice allant du 1er juillet 1990 au 30 juin 1991.

Le bénéfice net de la Régie des alcools pour l'exercice 1990/1991 atteint 210,7 millions de francs, soit 18 millions de plus qu'en 1989/1990. Le budget du 8 juin 1990 prévoyait 216,1 millions de francs. Les produits totalisent 404 millions de francs contre 385,4 millions l'exercice précédent et 397,5 millions inscrits au budget. Ce sont surtout les droits de

## **Voranschlag 1991. Nachtrag II**

### **Budget 1991. Supplément II**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	Ad 90.046
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.11.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2133-2138
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 666

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.